



# Dringliche Interpellation

betreffend **Neue Vorschriften Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt**

eingereicht von: Natalie Rickli, namens der SVP-Fraktion

am: 22. Januar 2007

Geschäftsnummer: 2007/001

---

## Text und Begründung

Am 12. Dezember 2006 wurden die Cityvereinigung Junge Altstadt, der Verband Gastro Winterthur und der Bewohnerverein Altstadt über die neuen Richtlinien zur Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt orientiert und zu einer Vernehmlassung eingeladen. Das bisherige Feedback ist vernichtend. Beim Durchlesen des Leitbilds wähnt man sich in Schilda! Neu sollen Plastikstühle und mit Werbung bedruckte Sonnenschirme verboten werden. Die Stühle sollen aus unifarbenem Stahl oder Holz bestehen. Topfpflanzen müssen als Einzelobjekte wahrgenommen werden. Der Abstand dazwischen muss mindestens 0.5 m betragen. Die Töpfe sollen mobil und aus Ton oder Metall und in dunklem Unifarbtönen gehalten sein. Die Anschaffung von Mobiliar soll mit der Gewerbebehörde besprochen werden und die Stadt verfügt gar über eine Musterkollektion! Auch die Schaufenster-Gestaltung ist geregelt, runde Tische werden bevorzugt und Menütafeln erhalten eine feste Grösse und sollten Schiefertafeln sein. Dies und noch viel mehr ist in einem 23-seitigen praxisuntauglichen Leitbild geregelt und für die Einhaltung ist ein städtischer Koordinator besorgt. Diese neuen Vorschriften sind gerade nach der erst kürzlich erfolgten Gebührenerhöhung wirtschaftsfeindlich und veranlassen uns zu folgenden Fragen:

1. Was veranlasste den Stadtrat dazu das Leben in der Altstadt neu zu regeln? Ist er nicht der Meinung, dass der Stadt mit diesem Einheitsbrei der vielfältige Charme genommen wird?
2. Gab es Reklamationen von Anwohnern, Besuchern oder Konsumenten bezgl. Stuhlbeschaffung, Sonnenschirmen, Topffarben, Menütafel-Höhen, usw.?
3. Wie stellt sich der Stadtrat vor, wie insbesondere die Wirte dies alles finanzieren sollen? Bspw. sind Plastikstühle viel günstiger und praktischer als Stahl- oder Holzstühle. Zudem werden bspw. Sonnenschirme von den Lieferanten günstig oder gratis geliefert.
4. Am 12. Dezember 2006 wurden die Verbände informiert. Der Entwurf der Vernehmlassung ist datiert mit 31. Oktober. Warum wurde das Gespräch mit den Betroffenen nicht frühzeitig gesucht und umsetzbare, finanzierbare Vorschläge gemacht?
5. Wie lauten die Vernehmlassungsantworten der Befragten?
6. Wie ist das in anderen Städten geregelt? Haben andere Städte auch einen extra dafür bestimmten Städtischen Angestellten, der das koordiniert?
7. Die neuen Vorschriften sollten im März in Kraft treten. Wird der Stadtrat den Vorschlag nun aufgrund der Praxisuntauglichkeit und der hohen Kosten für das Gewerbe zurückziehen?